



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 13. Mai 2024*

Sonderausgabe des ETAF-Newsletters zu den bevorstehenden Europawahlen

Einen Monat vor den Europawahlen veröffentlichte die European Tax Adviser Federation (ETAF) am Mittwoch, den 8. Mai, eine Sonderausgabe ihres Newsletters zu diesem Ereignis. "Die bevorstehenden Europawahlen, die vom 6. bis 9. Juni stattfinden werden, werden zweifellos dazu beitragen, die Zukunft der Demokratie in Europa zu profilieren. Dieses Ereignis ist eine außergewöhnliche Gelegenheit für uns alle, gemeinsam zu entscheiden, welche Richtung wir für die Europäische Union einschlagen wollen. Demokratie sollte niemals als selbstverständlich angesehen werden: Sie ist die Summe kollektiver Anstrengungen und eine kollektive Verantwortung, bei der wir alle eine Rolle zu spielen haben", sagte Philippe Arraou, Präsident des ETAF, im Vorwort. Aus diesem Anlass befragte das ETAF die Europaabgeordneten Lídia Pereira (EVP, Portugal), Alfred Sant (S&D, Malta), Dragoș Pîslaru (Renew Europe, Rumänien) und Kira Marie Peter-Hansen (Grüne/EFA, Dänemark) zu ihren Vorstellungen von der Zukunft des Europäischen Parlaments und der europäischen Steuerpolitik sowie zu dem Wert, den sie der Regulierung der Steuerberatungstätigkeit in den Mitgliedstaaten beimessen. Die Interviews wurden schriftlich geführt und originalgetreu wiedergegeben.

EU-Kommission: Lang erwartete öffentliche Konsultation zur Bewertung der Wirksamkeit, Effizienz und anhaltenden Relevanz der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Steuersachen (DAC) und ihrer nachfolgenden Änderungen (von DAC2 bis DAC6) eröffnet

Die Europäische Kommission eröffnete am Dienstag, den 7. Mai, ihre lang erwartete öffentliche Konsultation zur Bewertung der Wirksamkeit, Effizienz und anhaltenden Relevanz der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Steuersachen (DAC) und ihrer nachfolgenden Änderungen (von DAC2 bis DAC6). Die Evaluierung, die von der DAC selbst alle fünf Jahre verlangt wird, wird beurteilen, ob der Anwendungsbereich und der Zweck der DAC noch relevant sind. Außerdem wird bewertet, ob der Informationsaustausch in Bezug auf Vollständigkeit, Qualität und Pünktlichkeit brauchbar ist. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf möglichen Vorschlägen zur Verringerung des Meldeaufwands im Zusammenhang mit den DACs liegen, im Einklang mit den Bemühungen der Kommission, die Meldepflichten für Unternehmen und Verwaltungen zu rationalisieren und zu vereinfachen. Die Evaluierung wird sich auf die Jahre 2018 bis 2022 erstrecken und folglich die sukzessiven Änderungen in Bezug auf den Austausch von Informationen über Finanzkonten (DAC2), grenzüberschreitende Steuervorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen (DAC3), länderspezifische Berichte (DAC4), bestimmte Daten zur Bekämpfung der Geldwäsche (DAC5) und meldepflichtige (d. h. auf ein potenzielles Risiko der Steuerumgehung hinweisende) grenzüberschreitende Vereinbarungen (DAC6) umfassen.

Die Bewertung wird sich insbesondere mit den Merkmalen für den Informationsaustausch über potenziell schädliche grenzüberschreitende Vereinbarungen befassen, die mit DAC6 eingeführt wurden, so die Kommission. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation werden in den endgültigen Bewertungsbericht einfließen, der für das 3. Quartal 2024 erwartet wird. Interessierte Interessengruppen haben bis zum 30. Juli 2024 Zeit, der Europäischen Kommission ihr Feedback zu übermitteln.

Generaldirektion der EU-Kommission: Management Plan für 2024 veröffentlicht/Internal Market, Industry, Entrepreneurship and SMEs

Die Generaldirektionen der Europäischen Kommission haben am Mittwoch, den 8. Mai, ihre Managementpläne für 2024 veröffentlicht, die einen guten Überblick über die Arbeitsbereiche in den kommenden Monaten geben. Der Plan für die GD Steuern und Zollunion (TAXUD) zeigt, dass sie sich 2024 auf die Unterstützung der Verhandlungen über die vorliegenden Vorschläge (d.h. BEFIT, HOT, TP, UNSHELL, FASTER, ViDA) konzentrieren wird. Die GD TAXUD wird insbesondere Maßnahmen vorschlagen, die sich an den Arbeiten der OECD zur Standardisierung der Informationen und zur Durchführung einer angemessenen Risikobewertung durch die Steuerverwaltung orientieren (DAC9). Außerdem wird sie einen Vorschlag zur Änderung des Rahmens für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Mehrwertsteuer zur Annahme vorlegen, um Eurofisc bei der Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs mehr Befugnisse zu geben und die Hindernisse für den Austausch von Informationen über die Mehrwertsteuer mit anderen Behörden (d. h. Europol, OLAF und EPPO) zu beseitigen. Die GD TAXUD wird weiterhin in engem Kontakt mit den Mitgliedstaaten und anderen Interessengruppen stehen, um Möglichkeiten zu erörtern, wie die steuerlichen Auswirkungen der grenzüberschreitenden Telearbeit und des mobilen Arbeitens angegangen oder gemildert werden können, und sie wird weiterhin die Steuerpolitik im Finanzsektor untersuchen, so der Plan. Die Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) wird sich ebenfalls auf die Umsetzung der laufenden Initiativen konzentrieren. Darüber hinaus wird die GD GROW besonderes Augenmerk auf Vorschläge legen, die darauf abzielen, die Belastungen für Bürger und Unternehmen zu verringern, insbesondere durch die Rationalisierung der Berichtspflichten, wobei der Schwerpunkt auf den KMU liegen wird, so der Plan.

Einigung über FASTER und ViDA bei EU-Finanzministertreffen angestrebt

Die EU-Finanzminister treffen sich am Dienstag, den 14. Mai, in Brüssel, um eine Einigung über zwei Steuerdossiers zu erzielen: den Vorschlag zur schnelleren und sichereren Entlastung von Quellensteuerüberschüssen (FASTER) und das Paket zur Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter (ViDA). Bei FASTER ist eine Einigung über den letzten Kompromisstext sehr wahrscheinlich, da die wichtigste offene Frage nun die Marktkapitalisierungsquote ist, die es den Mitgliedstaaten erlauben würde, bestimmte Bestimmungen des Vorschlags nicht anzuwenden, wobei eine kleine Anzahl von Mitgliedstaaten noch Vorbehalte hat, so ein Vermerk des belgischen Ratsvorsitzes der EU. Für das ViDA-Paket ist eine Einigung etwas unsicherer, da die Botschafter der Mitgliedstaaten bei der EU bei ihrem Treffen am Mittwoch, den 8. Mai, Berichten zufolge zu keinem Ergebnis gekommen sind und Estland seine Bedenken bezüglich der Regelung für Plattformen als Anbieter aufrechterhält. Der neueste Kompromissvorschlag zur Richtlinie kann hier und zur Verordnung hier eingesehen werden. Den Kompromissvorschlägen sind ein Vermerk des belgischen Ratsvorsitzes und eine Erklärung der Europäischen Kommission beigefügt. Am 14. Mai werden die Minister außerdem einen Meinungsaustausch über den Stand der Umsetzung der Fazilität für Konjunkturbelebung und Krisenbewältigung (RRF) führen, den Stand der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine erörtern sowie Schlussfolgerungen zur fiskalischen Nachhaltigkeit, die sich aus der Bevölkerungsalterung

ergeben, und Schlussfolgerungen zur Finanzkompetenz verabschieden, die zur Verwirklichung der Kapitalmarktunion beitragen sollen.

Die Botschafter der EU-Mitgliedstaaten haben Berichten zufolge eine grundsätzliche Einigung über den Legislativvorschlag zur Mobilisierung der Gewinne aus den Vermögenswerten der russischen Zentralbank erzielt, die seit Beginn der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine in der EU eingefroren sind

Die Botschafter der EU-Mitgliedstaaten bei der EU haben Berichten zufolge am Mittwoch, den 8. Mai, eine grundsätzliche Einigung über den Legislativvorschlag zur Mobilisierung der Gewinne erzielt, die durch die seit Beginn der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine in der EU eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank erzielt werden. In der Praxis müssen die Mitgliedstaaten mit Zentralverwahrern, die mehr als eine Million Guthaben der russischen Zentralbank halten, diese Gewinne, die auf insgesamt rund 3 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werden, wie folgt aufteilen: 90 % der eingenommenen Beträge fließen in die "Europäische Friedensfazilität" (EPF) und 10 % über den EU-Haushalt in die "Ukraine-Fazilität". Die Vereinbarung muss nun auf der Ecofin-Sitzung am 14. Mai formell genehmigt werden.

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)